

DER TAGES SPIEGEL

UNABHÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG

Verlag Der Tagesspiegel GmbH, 1 Berlin 30, Postfach, Potsdamer Straße 87 / Fernsprech-Sammelnummer 13 03 31 / Fernschreiber: 01 83773 / Telegramme: Tagesspiegel Berlin / Bankkonten: Berliner Disconto Bank AG, Berliner Bank AG, Bank für Handel und Industrie AG, Berliner Commerzbank AG / Postscheck-Konto: Berlin West 105 / Bonner Redaktion: 53 Bonn, Pressehaus I, Telefon 22 14 51 / Abonnementpreis bei freier Zustellung durch eigene Boten 6,20 DM, durch die Post 6,70 DM monatlich (einschl. 5,5 % MwSt) / Erscheint täglich außer nach Sonn- und Feiertagen / Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt / Anzeigenpreisliste Nr. 18 / Erfüllungsort und Gerichtsstand Berlin-Tempelhof



Tei.-Sa.-Nr. 13 03 31. Unsere Geschäftsstellen: Bln. 19 (Charlbg.), Kaiserdamm 7; Bln. 41 (Friedenau), Rheinstr. 62; Bln. 33 (Grünwald), Hohenzollerndamm 94; Bln. 28 (Hermesd.), Heinesstr. 37; Bln. 46 (Lankwitz), Leonorenstr. 71; Bln. 45 (Lichterfelde), Baseler Str. 12; Bln. 65, Müllerstr. 122 b; Bln. 21 (Moabit), Alt-Moabit 86 b; Bln. 44 (Neukölln), Karl-Marx-Str. 194; Bln. 52 (Reinickd.), Scherwenstr. 49; Bln. 30 (Schöneberg), Hohenstaufenstr. 25; Bln. 36, Dresdener Str. 16; Bln. 20 (Spand.), Markt 2/3; Bln. 41 (Steglitz), Schidhornstraße 85 und Albrechtstraße 118; Bln. 42 (Tempelhof), Tempelhofer Damm 2; Bln. 15, Kurfürstend. 188; Bln. 30, Potsdamer Str. 87; Bln. 31 (Wilmersdorf), Ullandstr. 137; Bln. 37 (Zehlendorf), Berliner Str. 2.

Nr. 7312 / 25. JAHRGANG

BERLIN, DIENSTAG, 30. SEPTEMBER 1969

25 Pf / Ausw. 30 Pf A 6622 A

Brandt meldet Anspruch auf Kanzlerschaft an

Nach Kiesinger beim Bundespräsidenten — Scheel: Gute Aussichten für Koalition mit der SPD CDU sieht im Wahlergebnis eigenen Führungsanspruch bestätigt

Von unserem Bonner Büro

wg. Bonn. CDU/CSU und SPD haben am Montag beide auf Grund des Ergebnisses der Bundestagswahl den Anspruch angemeldet, in der nächsten Bundesregierung den Bundeskanzler zu stellen. Von der CDU/CSU wird wieder Kurt Georg Kiesinger präsentiert, von der SPD der bisherige Bundesaußenminister Willy Brandt.

In ersten Gesprächen hinter den Kuliszen werben die beiden großen Parteien um die FDP, die trotz ihres schlechten Abschneidens bei den Wahlen den Ausschlag über die künftige Koalition geben kann. Es besteht kein Zweifel, daß sowohl die CDU/CSU als auch die SPD dem FDP-Vorsitzenden Scheel das Amt des Vizekanzlers und der FDP weitere drei oder vier Sitze im Kabinett anbieten werden. Scheel bezeichnete gestern Abend vor einer Sitzung des FDP-Präsidiums die Chancen für eine kleine Koalition mit der SPD als „sehr gut“. Scheel hatte zuvor ein Gespräch mit Brandt geführt.

Dagegen steht die Möglichkeit einer Fortsetzung der Großen Koalition vorläufig im Hintergrund, wenn sie auch von den beiden großen Parteien nicht ausdrücklich und für jeden Fall ausgeschlossen wird. Mit der größten Spannung blickt man in Bonn auf die Parteiführung und die neue Bundestagsfraktion der FDP. Gute Kenner der FDP schätzen am Montag, daß sich unter den FDP-Abgeordneten etwa zehn befinden, die mehr oder minder stark gegen eine SPD-FDP-Koalition eingestellt sind.

meldete Kiesinger gleichfalls seinen Anspruch an, als neuer Kanzler nominiert zu werden. Nach einer Sitzung des CDU-Präsidiums lud Kiesinger die FDP und die SPD telegraphisch zu „Vorgesprächen über eine etwaige Regierungsbildung“ ein. Das CDU-Präsidium erklärte, die Wähler hätten den politischen Führungsanspruch der CDU/CSU und die erneute Kanzlerschaft Kiesingers klar bestätigt. Das Ergebnis der Wahl lasse die Erwartung des deutschen Volkes erkennen, sobald wie möglich wieder eine stabile Regierung unter der politischen Führung der CDU/CSU zu erhalten. Im Pressedienst der CDU hieß es gestern, die SPD habe ihr erklärtes Ziel, die CDU/CSU von der Spitze zu verdrängen, nicht erreicht. „Eine Regierung gegen die stärkste Partei könnte nur eine Krisenregierung sein.“ Am Abend wurde auch Brandt von Heinemann empfangen.

Am Rande ist in Bonn die Frage aufgetaucht, ob die schwierige Lage, die durch das Wahlergebnis entstanden ist, dadurch gelöst werden könnte, daß den Berliner Abgeordneten das Stimmrecht zuerkannt wird. Unter den 22 Abgeordneten aus Berlin, die bisher kein Stimmrecht haben, befinden sich 13 Abgeordnete der SPD, acht der CDU und ein FDP-Abgeordneter. Erhielten diese Abgeordneten das Stimmrecht, so würde sich die Mehrheit einer SPD-FDP-Koalition beträchtlich erhöhen. Bisher waren die drei Westmächte aber stets gegen das Stimmrecht der Berliner eingestellt, und in diplomatischen Kreisen wird bezweifelt, daß sie mit der erforderlichen Einstimmigkeit bereit wären, der SPD eine so offensichtliche Unterstützung zukommen zu lassen. Präsident Nixon hat Bundeskanzler Kiesinger bereits gegen 23 Uhr am Wahlabend telefonisch angerufen, um ihm zum Sieg der CDU/CSU zu gratulieren.

Das Wahlergebnis

Tsp. Berlin. Bei einer Wahlbeteiligung, die wie vor vier Jahren 86,8 Prozent betrug, erhielten die Parteien bei der Bundestagswahl am Sonntag folgende Zweitstimmenanteile: CDU/CSU 46,1 (47,6) Prozent, SPD 42,7 (39,3) Prozent, FDP 5,8 (9,5) Prozent, NPD 4,3 (2,0) Prozent, Sonstige 1,1 Prozent. Es entfielen auf die CDU/CSU 242, auf die SPD 224 und auf die FDP 30 Mandate. Von diesen 496 Mandaten wurde die Hälfte über die Landeslisten, die andere Hälfte durch Direktwahl in den Wahlkreisen ermittelt. Von den Direktmandaten entfielen 127 auf die SPD und 121 auf die CDU/CSU.

Die 22 nicht stimmberechtigten Berliner Abgeordneten wurden am Sonntag vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählt.

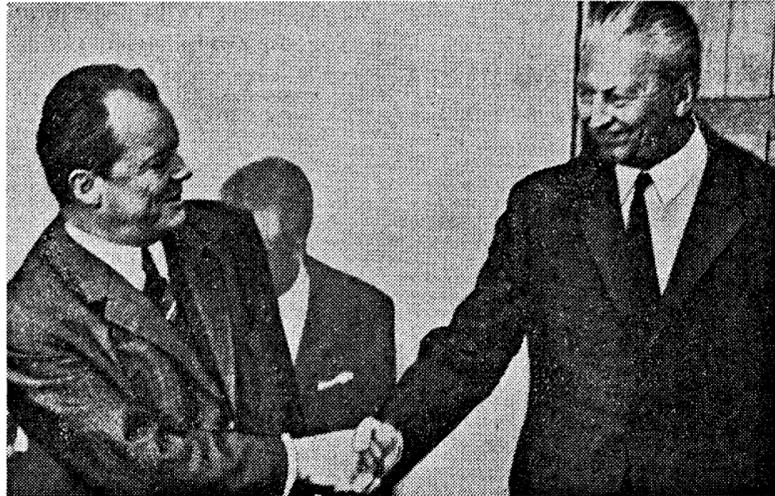
Das vorläufige Gesamtergebnis

| Partei | 1969 | | | 1965 | | |
|--------------------|--------------|---------|-------|--------------|---------|-------|
| | Stimmen | Prozent | Sitze | Stimmen | Prozent | Sitze |
| CDU/CSU | 15 203 457 | 46,1 | 242 | 15 524 068 | 47,6 | 245 |
| SPD | 14 074 455 | 42,7 | 224 | 12 813 186 | 39,3 | 202 |
| FDP | 1 904 387 | 5,8 | 30 | 3 096 739 | 9,5 | 49 |
| NPD | 1 422 106 | 4,3 | — | 664 193 | 2,0 | — |
| ADF | 197 570 | 0,6 | — | 434 182 | 1,3 | — |
| BP | 49 762 | 0,2 | — | — | — | — |
| Zentrum | 16 084 | 0,0 | — | — | — | — |
| DVP | — | 0,0 | — | — | — | — |
| EP | 49 787 | 0,2 | — | — | — | — |
| FSU | 16 346 | 0,0 | — | 10 631 | 0,0 | — |
| GDP | 45 147 | 0,1 | — | — | — | — |
| UAP | 5 326 | 0,0 | — | 3 959 | 0,0 | — |
| Unabh. | — | 0,0 | — | — | — | — |
| Wahlberechtigte | 38 658 363 | | | 38 510 395 | | |
| Abgegebene Stimmen | 33 548 458 | | | 33 416 207 | | |
| Gültige Stimmen | 32 984 427 | | | 32 620 442 | | |
| Wahlbeteiligung | 86,8 Prozent | | | 86,8 Prozent | | |

Die Abkürzungen bedeuten: ADF = Aktion Demokratischer Fortschritt (u. a. DKP und Deutsche Friedensunion); BP = Bayernpartei; DVP = Deutsche Volkspartei; EP = Europapartei; FSU = Freisoziale Union; GDP = Gesamtdeutsche Partei; UAP = Unabhängige Arbeiterpartei.

Bei der ADF sind als Vergleichszahl aus dem Jahre 1965 die Stimmen für die Deutsche Friedensunion (DFU) angegeben.

Alle Stimmenangaben beziehen sich auf die Zweitstimmen. Bei der Zahl der Sitze im Bundestag sind die Berliner Abgeordneten unberücksichtigt, da ihre Stimmen bei Gesetzesabstimmungen nicht mitgezählt werden.



Frostig war nach Berichten von Augenzeugen die Begrüßung zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Bundesaußenminister Brandt gestern vor Beginn der Kabinettsitzung in Bonn.

dpa/UPI-Bildfunk

Bundesregierung gibt Wechselkurs der D-Mark vorübergehend frei

Kabinettsbeschlüsse zur Abwehr spekulativer Devisenzuflüsse

Von unserem Bonner Büro

wg. Bonn. Das Bundeskabinett hat gestern, einen Tag nach der Wahl, vorübergehende Maßnahmen zur Abwehr weiterer spekulativer Devisenzuflüsse beschlossen. Wenn die Devisenbörsen, die gestern auf Grund eines kurzfristigen Entschlusses wie schon Ende voriger Woche geschlossen blieben, am heutigen Dienstag wieder geöffnet werden, soll sich der Kurs der D-Mark gegenüber fremden Währungen ohne Eingriffe der Bundesbank frei empfinden können.

Zu der ersten Nachwahl-Kabinettsitzung der noch bis zum 20. Oktober amtierenden Regierung unter Bundeskanzler Kiesinger hatten sich alle Kabinettsmitglieder eingefunden. An der zweieinhalbstündigen Beratung nahmen auch Vizepräsident Träger von der Bundesbank und das Mitglied des Bundesbank-Direktoriums Emminger teil. Die folgenden Beschlüsse der Bundesregierung kamen nach kurzer Diskussion und ohne Widerspruch von irgendeiner Seite zustande:

1. Die Bundesbank wird gebeten, die Interventionen am Devisenmarkt zu den bisherigen Höchst- und Mindestkursen vorübergehend einzustellen.

2. Der Bundesbank wird empfohlen, die Möglichkeit, Ausländerkonten mit einer höheren Mindestreserve zu belegen, weitgehend auszuschöpfen.

3. Die Bundesregierung wird dafür Sorge zu tragen, daß der deutschen Landwirtschaft

keine Nachteile entstehen. Es soll dafür gesorgt werden, daß beim grenzüberschreitenden Verkehr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen werden.

4. Die Devisenbörsen sollen am Dienstag wieder geöffnet werden.

Bundeskanzler Kiesinger und Bundeswirtschaftsminister Schiller hatten sich am Vormittag telefonisch geeinigt, die Devisenbörsen am Tag nach der Wahl geschlossen zu halten, da Hinweise auf weitere spekulative Zuflüsse von Devisen kurz vor Öffnung der Börsen vorlägen. Die vorübergehende Freigabe des Wechselkurses der D-Mark bedeutet keine Änderung des Wechselkurses. Die Parität der D-Mark bleibt unverändert. Eine Änderung der Parität dürfte nur nach Beratung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vorgenommen werden.

Fortsetzung Seite 2, Spalte 2 und 3

Prager Reformer verloren ihre Ämter ZK rechtfertigte die Intervention

Dubcek aus dem Parteipräsidium, Smrkovsky aus dem ZK entfernt

Prag (AP/dpa). Die tschechoslowakische KP-Führung hat über das Wochenende die Reformkommunisten, die im vorigen Jahr einen „Sozialismus mit menschlichem Anlitz“ errichten wollten, aus praktisch allen ihnen noch verbliebenen hohen Ämtern entfernt und zugleich die bewaffnete Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Armeen vom August 1968 als gerechtfertigt und von der früheren Parteiführung unter Alexander Dubcek verschuldet hingestellt.

Der frühere Parteichef Alexander Dubcek wurde aus dem KP-Präsidium entfernt, Josef Smrkovsky mit 28 anderen aus dem Zentralkomitee ausgestoßen. Beide verloren auch ihre Ämter an der Spitze des CSSR-Parlaments.

Nach der CSSR-Regierung wurde gestern die tschechische Regierung umgebildet.

Das Zentralkomitee annullierte sämtliche Erklärungen des damaligen Parteipräsidiums und aller lokaler Organisationen, in denen die Intervention scharf verurteilt worden war, als „nicht-marxistisch und grundsätzlich unrichtig“. Ebenso wurde der Beschluß des damaligen Parteipräsidiums, nicht an der Warschauer Gipfelkonferenz im Juli 1968 teilzunehmen, als „im Widerspruch zu den Interessen des Sozialismus in unserem Land und den internationalistischen Traditionen“ für ungültig erklärt. Ein anderer Beschluß erklärte alle Dokumente und Resultate des 14. außerordentlichen Parteikongresses, der einige Tage nach dem Truppenmarsch in Prag im Geheimen abgehalten wurde, für ungültig. Den gewählten Parteitag delegierten wurde das Mandat entzogen. (Siehe Seite 8)

Verfahren gegen „Green Berets“ wird eingestellt

Washington (UPI). Der amerikanische Heeresminister Resor hat am Montag angeordnet, das Verfahren gegen sechs Offiziere der Sondertruppen („Green Berets“) einzustellen, die des Mordes an einem als Doppelagent verdächtigten Südvietnamesen beschuldigt werden.

Resor teilte mit, er habe sich zu dem Schritt entschlossen, weil der Geheimdienst CIA sich „im Interesse der nationalen Sicherheit“ nicht bereit erklärt habe, seine Mitarbeiter als Zeugen bei der Verhandlung vor einem Militärgericht zur Verfügung zu stellen. „Ein ordnungsgemäßes Verfahren“ sei unter diesen Umständen nicht möglich. Die Soldaten würden zum Dienst außerhalb Vietnams kommandiert.

Erneut Atomexplosion in Rotchina

Washington (UPI). Rotchina hat am Montag, zwei Tage vor den Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen, erneut in der Atmosphäre eine Atomexplosion in der Stärke von drei Megatonnen ausgelöst. Dies gab der amerikanische Senator Aiken in Washington nach einer Sitzung des Senatsausschusses bekannt, der sich mit den Atomversuchen der USA in Alaska befaßt.

Erst am Wochenende hatte die amerikanische Atomenergie-Kommission in einer Verlautbarung erklärt, Rotchina habe in den Bergen von Tien Shan in der Provinz Sinkiang am 22. September einen Atomtest unternommen. Keine der beiden Explosionen wurde bisher von Peking bestätigt.

Unsere Meinung:

Der Wille des Wählers

J.B. Jede Wahl hat zwei Aspekte. Einmal ist sie eine Zensur, die der Wahlbürger seinem eigenen politischen Urteil ausstellt — zum anderen eine unüberwindliche Entscheidung, die den Rahmen der künftigen politischen Möglichkeiten absteckt. Was den ersten Aspekt angeht, so hat die von der Demoskopie als einer im Vorhof der Entscheidung angesiedelten Technik der Meinungsbefragung nicht erfassbare Gewissensprüfung der Wähler ein auch im Ausland nur positiv aufgenommenes Ergebnis gebracht. Dieses Auslandsgeschehen ein etwaiges Bedürfnis nach nationaler Selbstbeweihräucherung überflüssig und ist zugleich ein Kapital, mit dem jede deutsche Regierung — wie immer sie heißen mag — wuchern kann.

Um dieses positive Ergebnis zusammenzufassen: Die Hoffnung der NPD auf eine bundespolitische Wirksamkeit ist in sich zusammengefallen. Zwar trifft es zu, was eine ausländische Zeitung eher selbstironisch schrieb: Für die Beurteilung der Deutschen sollte eigentlich nicht ausschlaggebend sein, ob eine Partei mit knapp unter fünf Prozent nicht oder mit fünf Prozent doch in den Bundestag kommt. Aber es bleibt als Positivum bestehen, daß die nun einmal von unseren Gesetzen gezogene Marge zwischen Splitter- und Kleinpartei von der NPD nicht überwunden werden konnte, und zwar auch nicht unter den bestmöglichen Umständen, nämlich einer von der Großen Koalition nahegelegten Ausbildung von extremen Protestbewegungen.

Das zweite ist, daß der deutsche Wähler fair gewesen ist. Er hat seine Entscheidung auf die beiden großen Parteien konzentriert, obwohl beide in der Großen Koalition ein zuweilen schauriges Beispiel gegeben haben. Er war gerecht, indem er die CDU/CSU als die dominierende Kraft der deutschen Nachkriegsgeschichte mit der Ehrenrolle der stärksten deutschen Parteigruppierung bedachte. Durch die Verminderung des Abstands zwischen CDU und SPD drückte er sein Vertrauen in die Entscheidungsfähigkeit und Regierungsbefugnis beider Parteien aus. Und schließlich war der Wähler auch gerecht, indem er die FDP an die Fünf-Prozent-Grenze zurücksinken ließ. Man kann dies wahrheitsgemäß einfach dadurch erklären, daß die FDP als neu erklärte linksliberale Partei den Wählerstamm verlor, der sie einst zur „bürgerlichen“ Partei machte. Ebenso gewichtig dürfte es aber sein, daß die FDP einst diejenige Partei war, die zur Verhinderung der Großen Koalition ihr ganzes Gewicht für den Liberalen Erhard in die Waagschale warf — und dann durch den von ihr verursachten Sturz Erhards die Große Koalition überhaupt erst ermöglichte. Ein solches Verhalten verzeiht in einer funktionierenden Demokratie — mit Recht — niemand.

Was der FDP jetzt hart ankommen mag — daß nämlich ihre Existenzfrage aufgeworfen wurde — ist vom Standpunkt der Demokratie eher irrelevant. Sollte die FDP endgültig untergehen, so handelte es sich um eine vom Wähler erzwungene Herbeiführung des Zweiparteiensystems — und die hätte fast noch eine größere Legitimität als eine längst überfällige Änderung des Wahlrechts.

Jetzt aber zum harten und nüchternen Ergebnis, wie es für die politischen Entscheidungen relevant ist. Das Wahlergebnis gibt keiner der beiden großen Parteien die Möglichkeit, die Regierungsbildung allein zu bestimmen. Der Zwang zur Koalition ist beiden auferlegt. Sie beide hängen von der kleinen FDP ab — und dieses Dreiecksverhältnis mag unbefriedigend erscheinen wie jede Libertinage. Aber es ist immerhin ein Fortschritt, was die Entscheidungsmöglichkeiten angeht. Zunächst ehrt es die beiden großen Parteien — was immer an Hintergedanken bei ihnen sonst noch vorhanden sein mag —, daß sie auf erste die Große Koalition aus der Liste der anvisierenden Ziele gestrichen haben. Die Reaktion auf das Wahlergebnis ist nicht nur natürlich — sie ist auch gesund. Die SPD meldet durch ihren Führer Brandt den Anspruch auf die Kanzlerschaft an, da der Führungswechsel durch die rechnerische Mehrheit von SPD und FDP möglich geworden ist — und die Freien Demokraten sind nun wirklich aus Drastischste belehrt worden, daß sie gerade noch die Anhänger einer Koalition mit der SPD behalten haben. Die CDU/CSU beruft sich umgekehrt auf ihre Rolle als stärkste Parteigruppierung und bietet der FDP ebenfalls eine Heimat an — falls diese die Rückkehr zu ihren ehemaligen bürgerlichen Wählerschichten suchen sollte. Beide Möglichkeiten sind theoretisch gleichberechtigt. Es hängt vom Willen der Beteiligten ab, welche von ihnen wirklich gesucht wird. Und für jede der beiden Möglichkeiten hat der Wähler Bremsen eingebaut. Eine SPD/FDP-Koalition, die sich das Regieren zutraut, stieße auf den Widerstand einer starken Opposition, die sich einmal als Staatspartei verstanden hat. Jede Niederlage dieser Koalition würde ihre Existenzfrage aufwerfen. Wenn diese Regierungskoalition klug wäre, würde sie den Zwang zur Vernunft verstehen. Die andere Koalition — zwischen CDU und FDP — würde auf die Bremswirkung einer Partei stoßen, die sich mit Recht als aufsteigende Kraft fühlen kann und im Ernstfalle auch sozialpolitische Eruptionen in Gang setzen könnte. Balancekräfte sind also in das Wahlergebnis eingebaut. Keinem wachsen die Bäume in den Himmel — keine Gruppierung wäre wurzellos. Um es ganz klar zu sagen: Wir wünschen für die nächste Legislaturperiode den härtesten parlamentarischen Kampf — in der Hoffnung, daß in der Stunde der wirklichen Not alle durch den Einzug ins Parlament privilegierten Parteien diesen Vorzug als Verpflichtung zur Gemeinsamkeit empfinden.